



Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Ratssekretariat des Stadtrats
von Bern
Predigergasse 12
3011 Bern

Bern, 27. April 2016

Antrag der Fraktion SVP an den Stadtrat; Einberufung einer PUK Reitschule gemäss GO Artikel 81 (1), GRSR Artikel 27 (1 - 5) und Artikel 28 (1 - 6)

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte

Am 10. März 2016 reichte die Fraktion SVP den rubrizierten Antrag ein. Gemäss Artikel 27 Absatz 2 Stadtratsreglement beschliesst der Stadtrat über den Antrag auf Einsetzung einer PUK, nachdem er den Gemeinderat angehört hat.

Die mit Antrag verlangte Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission ist aus der Sicht des Gemeinderats aus folgenden Gründen nicht zielführend.

Begründet wird der vorliegende Antrag mit der Unterstellung, dass der Gemeinderat nicht alle Fakten und Informationen zum Dossier Reitschule offenlege. So könne der Stadtrat betreffend Leistungsvertrag mit der IKUR keinen Entscheid „nach bestem Wissen und Gewissen“ fällen.

Der Gemeinderat hält fest, dass wohl kaum ein Thema so häufig Gegenstand von stadträtlichen Debatten war. Allein schon die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen während des verlangten Untersuchungszeitraums ist rekordverdächtig. Eine kurze Analyse (keine Gewähr auf Vollständigkeit) der Stadtratsprotokolle seit 2013 fördert zu Tage, dass 18 Motionen, 3 Dringliche Interpellationen, 12 Interpellationen und 15 Kleine Anfragen, also total 48 Vorstösse im Stadtrat behandelt wurden, die direkt oder indirekt im Zusammenhang mit der Reitschule stehen. Beleuchtet wurden dabei sämtliche Aspekte wie Sicherheit, Leistungsvertrag, Drogen, Verhältnis zur Kantonspolizei u.v.m.

Eine weitere Begründung für die Einsetzung einer PUK wird mit der zugegebenermassen unglücklichen und auf Druck der Medien entstandenen Kommunikation betreffend die Herausgabe des Sicherheitskonzepts geliefert. Mehr oder weniger zeitgleich mit der Einreichung des Antrags der Fraktion SVP wurde das Sicherheitskonzept aufgrund ei-

nes Entscheids des Regierungsstatthalters veröffentlicht, so dass auch bei diesem Punkt keine Informationslücke für den Stadtrat besteht.

Der Gemeinderat vertritt die Auffassung, dass dem Stadtrat keine Fakten und Information vorenthalten bleiben, die eine seriöse Behandlung des Kreditantrags für einen Leistungsvertrag verunmöglichen könnten. Er beantragt dem Stadtrat deshalb, die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission abzulehnen.

Freundliche Grüsse



Alexander Tschäppät
Stadtpräsident



Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber